

DIE LINKE nach Lafontaine und Bisky

Udo Baron/Manfred Wilke

Oskar Lafontaine war neben Gregor Gysi seit Gründung der Linkspartei.PDS als Vorläufer der Partei DIE LINKE. eine der beiden charismatischen Führungspersönlichkeiten der Partei. Krankheitsbedingt kündigte er kurz vor Weihnachten 2009 seinen vorübergehenden Rückzug aus der Bundespolitik an. Auf den Fraktionsvorsitz im Deutschen Bundestag hatte er bereits direkt nach den Bundestagswahlen vom 12. September 2009 verzichtet. Anfang Januar 2010 erfolgte der endgültige Verzicht auf den Parteivorsitz, auch sein Bundestagsmandat legte er nieder und zog sich auf den Saarländischen Landtag zurück, wo er weiterhin als Fraktionsvorsitzender seiner Partei amtiert. Für die Partei DIE LINKE. ging unerwartet eine Ära zu Ende. Lafontaine verdankte es die PDS, dass ihr die seit 1990 ersehnte Westausdehnung 2005 endlich gelang und sie ihren Status als Regionalpartei Ost verlor. Ihr politisches Gewicht im heutigen Parteiensystem Deutschlands lässt sich an ihren Erfolgen messen. Mittlerweile sitzt sie in dreizehn Landtagen. In Berlin und Brandenburg ist sie an den sozialdemokratisch geführten Landesregierungen beteiligt, im Deutschen Bundestag ist sie in Fraktionsstärke vertreten, auch ins Europaparlament entsendet sie Abgeordnete. Die Herkunft der Partei aus der diktatorischen Staatspartei der untergegangenen DDR verschwindet zugleich allmählich aus dem öffentlichen Bewusstsein ins Dunkel der Geschichte. Unmittelbar nach ihren größten Triumpfen steht

die Partei gegenwärtig an einem neuen personellen und programmatischen Wendepunkt ihrer Entwicklung.

Die Personaldebatte

Nach der Fusion von PDS und WASG Mitte 2007 wurde die Partei von einer Doppelspitze geführt, Lothar Bisky repräsentierte die PDS, Lafontaine das „Beitrittsgebiet West“. Diese Konstruktion war für eine Übergangszeit angedacht und sollte 2010 enden. Daraufhin setzte sich in der Partei ein Personalkarussell in Bewegung. Nicht nur für Lafontaine musste ein Nachfolger gefunden werden, auch der Co-Vorsitzende Lothar Bisky hatte bereits seit Längerem angekündigt, auf dem Parteitag im Mai in Rostock nicht mehr antreten zu wollen. Er ließ verlautbaren, sich künftig ganz auf sein Mandat als Abgeordneter des Europäischen Parlamentes und das Amt des Vorsitzenden der Europäischen Linken konzentrieren zu wollen. Auch der bisherige Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfmanager Dietmar Bartsch trat in Rostock nicht mehr an, nachdem ihn die eigene Parteiführung öffentlich wegen angeblicher Indiskretionen über das Privatleben von Lafontaine demontiert hatte. Die einzige verbliebene charismatische Persönlichkeit, ihr amtierender Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag Gregor Gysi, wollte nicht noch einmal den Parteivorsitz übernehmen. Die Nachfolgeregelungen für die vakanten Bereiche drohten zum Problem zu werden. Sind es doch komplexe Anforderungen, die er

füllt werden mussten. Neben der persönlichen Eignung zählten die unterschiedlichen innerparteilichen Strömungen, die geografische Herkunft und das Geschlecht bei der Auswahl. Um sich keine Blöße nach außen wie nach innen zu geben, haben Gysi und Bisky eilends ein Tandem mit der Ost-Berlinerin Gesine Löttsch und dem bayerischen Gewerkschafter Klaus Ernst als künftiger Führungsspitze kreiert. Auch die Bundesgeschäftsführung wurde mit einer Doppelspitze besetzt, dem hessischen Gewerkschafter Werner Dreibus und der aus dem Rheinland stammenden parlamentarischen Geschäftsführerin der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Caren Lay. Für deren Bestätigung war neben dem Parteitagsvotum noch eine Satzungsänderung erforderlich. Da 2010 der Ost-West-Proporz in der Besetzung von Führungspositionen wegfallen sollte, musste diese Regelung verlängert werden. Vor allem das Ausscheiden Lafontaines riss eine Lücke, die nicht leicht zu schließen war und deren Auswirkungen auf die Mitgliederbindung an die westdeutschen Landesverbände schwer absehbar sind.

Um die Basis an die kommenden Führungsgremien zu binden und somit innere Zerreißproben zu vermeiden, aber auch um das demokratische Ansehen der Partei öffentlich zu erhöhen, beantragten Anfang März neun West- und Ost-Landesverbände der Linkspartei einen Mitgliederentscheid über die Besetzung der Parteispitze und der Bundesgeschäftsführung mit den vorgeschlagenen Doppelspitzen. Zudem sollte die Parteibasis darüber hinaus in einer Urabstimmung über das künftige Parteiprogramm entscheiden. Der Parteivorstand akzeptierte diesen Weg, sodass die Abstimmungen unter den etwa 78 000 Mitgliedern noch vor dem Rostocker Parteitag durchgeführt werden konnten. Dabei sprach sich die Basis der Linkspartei mit 84,5 Prozent

deutlich für eine Fortsetzung der Doppelspitze und die vorgeschlagenen Doppelbesetzungen aus. Wenig überraschend bestätigte der Parteitag am 15. Mai 2010 nicht nur die neue Struktur an der Parteispitze, sondern auch die entsprechenden Personalvorschläge.

Die Lösung der Personalfragen wurde durch den Riss, der durch die Partei entlang der Frage nach einer Regierungsbeteiligung verläuft, zunächst erschwert. Seit der Fusion von PDS und WASG zur Partei DIE LINKE prallen zwei unterschiedliche politische Kulturen in dieser Partei aufeinander: Da sind zum einen die eher pragmatisch eingestellten, auf die Regierungsbeteiligung orientierten ostdeutschen Landesverbände und zum anderen die weitgehend auf Fundamentalopposition setzenden westdeutschen Landesverbände. Ihre unterschiedliche Sozialisation in der DDR und der Bundesrepublik bestimmt für viele Funktionsträger auch nach zwanzig Jahren noch ihr politisches Weltbild. Während ihre ostdeutschen Funktionäre die Machtfrage im Staat und somit die Übernahme von Regierungsverantwortung nie aus den Augen verloren haben und zum Teil noch aus alten SED-Zeiten über Erfahrungswissen in der politischen Machtausübung verfügen, sind die westdeutschen Fundamentalisten nur auf ideologisch gesteuerte Opposition ausgerichtet. Allein die realen Machtverhältnisse in der alten Bundesrepublik schlossen Regierungsverantwortung und somit Erfahrungen im Umgang mit der Macht aus und wurden vor allem von deren Gewerkschaftslinken, die sich seit 2004 von der SPD abgewandt haben, auch nicht angestrebt. Diese Entwicklung zeichnete sich schon vor den letzten Bundestagswahlen ab und führte dazu, dass ostdeutsche Kommunistinnen wie Sahra Wagenknecht in Nordrhein-Westfalen antraten, während westdeutsche Realpolitiker wie Jan Korte sich in Sachsen-Anhalt um ein Bundes-

Lothar Bisky, Oskar Lafontaine – Abschied von der Parteispitze.

© picture-alliance/dpa, Foto: Jens Büttner



tagsmandat bewarben. Diese Konstellationen haben das Potenzial, die Führungsfrage nach innen zu einer Zerreißprobe für die Partei werden zu lassen und nach außen zum Verlust von Ansehen und Wählerstimmen zu führen. Es war also Führung gefordert, um dieses Szenario zu vermeiden, was schließlich gelang.

Die Programmdebatte

Der personelle Wandel und der damit verbundene Generationswechsel bedeuteten aber auch einen Verlust an programmatischem Sachverstand und Kompetenz. Neben der Personalfrage in der Führung wird die Debatte um das neue Parteiprogramm richtungweisend für DIE LINKE. im Jahre 2010 werden. Weil die Partei von Anfang an bei Wahlen erfolgreich war, verzichtete sie bislang darauf, ihre programmatischen Vorstellungen nach der Fusion zu klären. Seit Jahren schon schiebt sie die Programmdebatte vor sich her, zu groß ist ihre Sorge, durch die dadurch öffentlich werdenden Widersprüche Mitglieder, Wählerstimmen und somit Wahlen zu verlieren. Das Grün-

dungsdokument von 2007, die „Programmatischen Eckpunkte“, entspricht weitestgehend dem PDS-Programm von 2003. Es schreibt die Grundlinien der marxistischen Geschichts- und Gesellschaftstheorien fort, auch wenn die typische marxistisch-leninistische Terminologie der SED nur noch rudimentär vorkommt. So fordert DIE LINKE. die „Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse“ und propagiert in Anlehnung an das Kommunistische Manifest von 1848 einen „demokratischen Sozialismus“, in dem „die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist“. Trotz dieser eindeutigen Bezüge auf ihre ideologischen Wurzeln treten diese im politischen Alltag in den Hintergrund. Dort wirkt die Partei pragmatisch und an Sachthemen orientiert. Nicht Marx und Lenin, sondern Hartz IV, die Rente mit 67 Jahren und der Bundeswehreininsatz in Afghanistan sind die Stichworte, mit denen die Partei in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden will. Vor allem über die Medien wird der Eindruck ei-

nes innerparteilichen Machtkampfes zwischen Pragmatikern und Fundamentalisten, ähnlich wie bei den Grünen in den 1980er-Jahren, vermittelt. Funktionäre wie Korte, Wawzyniak, Bartsch und Ramelow erwecken den Eindruck, sie drängten ihre Partei in Richtung auf eine erneuerte Sozialdemokratie, während sozialistische/kommunistische Fundamentalisten wie Wagenknecht, Dehm und Jelpke eine weitere außerparlamentarische Radikalisierung favorisieren. Streben Erstere auf weitere Regierungsbeteiligungen und suchen deshalb die Annäherung an die SPD wie auch an die Grünen, setzen Letztere auf Fundamentalopposition gegen das kapitalistische System. Scheint für die einen der Marxismus als theoretische Grundlage ihrer Politik nur noch eine marginale Rolle zu spielen, bildet er für die anderen noch immer ihr ideologisches Gravitationszentrum für ihren sozialistischen Zukunftsentwurf. Oberflächlich betrachtet, entspricht die Partei somit dem pluralistischen Anspruch ihrer „Programmatischen Eckpunkte“. Dort heißt es: „Wir greifen unterschiedliche Auffassungen zur Analyse, Politik, Weltanschauung und Strategie, zu Widersprüchen und Gemeinsamkeiten produktiv auf und entwickeln sie als Stärke der neuen Partei. Gemeinsam wollen wir eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab – Linke einigend, demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und antipatriarchal, offen und plural.“ Kann aber eine sich dem Sozialismus verpflichtet fühlende Partei überhaupt prinzipiell pluralistisch sein?

Pluralismus war nach marxistisch-leninistischer Auffassung eine unwissenschaftliche Phrase der bürgerlichen Ideologie, er war der Gegenentwurf zum Wahrheitsanspruch der kommunistischen Partei. Von dieser dogmatischen Engführung der SED hat sich bereits der Transformationsparteitag der SED im

Dezember 1989 verabschieden müssen. Die PDS-SED definierte sich von nun an als sozialistische Strömungspartei, in der ein sozialistischer Pluralismus gelten sollte. Dieser Charakter der Partei wurde durch die Fusion mit der westdeutschen Linken noch verstärkt und in den Eckpunkten verankert. Zieht man ihre Grundsatzpapiere zurate, in denen sich die Linkspartei immer noch als eine sozialistische Partei mit dem Fernziel einer klassenlosen Gesellschaft versteht, bleibt die Frage offen, ob für die Partei der Pluralismus aus innerer Überzeugung gewollt wird oder letztlich nur aus taktischen Überlegungen heraus als sozialistischer Pluralismus akzeptiert wird. „Sozialistische Politik ohne marxistische Theorie, ohne Dialektik und historischen Realismus ist ein Selbstwiderspruch“, wie es Heinz Niemann in einem Beitrag zur Programmdebatte im *Neuen Deutschland* 2009 formulierte. Aus marxistischer Sicht stellt er daher die Frage, „wie sich weltanschauliche Pluralität und persönliche sozialistische Überzeugung einerseits und die These von Pluralismus bei der Erarbeitung und Begründung sozialistischer Programmatik andererseits zueinander verhalten“. DIE LINKE. befindet sich an diesem Punkt in einem Dilemma. Will sie als eine glaubwürdige pluralistische Partei verstanden werden, so muss sie sich vom dogmatischen Marxismus der Kommunistischen Plattform oder des Marxistischen Forums, der mit dem Pluralismus unvereinbar ist, unweigerlich verabschieden. Mit einem solchen Schritt läuft sie aber wiederum Gefahr, nicht nur einen großen Teil ihrer Mitglieder und Wähler in Ostdeutschland zu verlieren, die sich innerparteilich in dieser Strömung organisiert haben und die auch als Interessenvertreter der ehemaligen SED-Funktionäre und der Offiziere ihrer Geheimpolizei auftreten. Sie würde sich letztlich auch überflüssig machen, denn für zwei sozialdemokratische und somit

plurale Parteien links von der Mitte wird im bundesrepublikanischen Parteienspektrum kaum Platz sein. Kehrt sie aber dem Anspruch, eine plurale Partei zu sein, den Rücken, wird sie nicht nur ihren „sozialdemokratischen“ Flügel verlieren. Auch ihre Chancen auf Regierungseteiligungen im Bund und den Ländern würden auf den Nullpunkt sinken. Heute möglich erscheinende Koalitionen mit der SPD und den Grünen wären ausgeschlossen, der Rückfall ins politische Sektierertum vorprogrammiert.

Für eine Partei, die – im Gegensatz zu den Grünen in ihren Gründungsjahren – von ihrem Selbstverständnis her, ihrer Geschichte als Staatspartei der DDR und ihrem Anspruch, die gesellschaftliche Avantgarde darzustellen, immer machtorientiert war, ist und bleiben wird, kann es allein aus taktischen Gründen kein Zurück zu einem „harten“ Extremismus geben, nicht einmal zu einem „weichen“. Soll aus der rechnerischen Mehrheit für eine Politik links von der Mitte, die bereits nach der Bundestagswahl 2005 bestand, künftig auch eine politische werden, so führt kein Weg an einer pluralistischen Ausrichtung der Partei vorbei. Um den Weg dafür zu bereiten, plädierte der ehemalige Parteivorsitzende Lothar Bisky in einem Artikel im *Neuen Deutschland* vom Januar 2009 für ein Ende der Verdächtigungskultur innerhalb der Linken und gegenüber den Sozialdemokraten. Beide Parteien, die sowohl Konkurrenten als auch mögliche Koalitionäre sind, sollten sich „gegenseitig Lernfähigkeit“ zugestehen und auf „Exklusion unter- oder gegeneinander“ verzichten. Sollte dieser Rat von Bisky von seiner Partei befolgt werden, wäre das die Aufgabe eines exklusiven Avantgardismus der Partei DIE LINKE.

Am 20. März 2010 präsentierten die beiden bisherigen Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine und Lothar Bisky einen „1. Entwurf für ein Programm der Partei

DIE LINKE.“. Seine Verfasser fordern darin einen radikalen „Systemwechsel“ zu einem „demokratischen Sozialismus“, der von „Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet“ sein soll. Auf dem Weg dahin will die Linkspartei „strukturbestimmende Großbetriebe der Wirtschaft [...] in demokratische gesellschaftliche Eigentumsformen überführen und kapitalistisches Eigentum überwinden“. Vor allem private Banken sollen „verstaatlicht, demokratischer Kontrolle unterworfen und auf das Gemeinwohl verpflichtet werden“. Ferner bleibt ihr Verhältnis zum Parlamentarismus weiterhin zwiespältig. So tritt sie für die „Ergänzung der Parlamente durch Runde Tische oder Wirtschafts- und Sozialräte auf allen Ebenen ein. [...] Diese Runden Tische oder Räte sollen die Möglichkeit haben, sozial und ökologisch schädliche Vorhaben zu stoppen und gesetzgeberische Initiativen einzuleiten.“ Solche außerparlamentarischen Einrichtungen sollen das Recht bekommen, parlamentarische Beschlüsse zu überstimmen, und kämen somit einer Entwertung des Parlamentarismus gleich.

Auch wenn der Entwurf deutlich die Handschrift der extremistischen Kreise innerhalb der Partei um Sahra Wagenknecht mit ihrer Forderung nach einem radikalen „Systemwechsel“ trägt, werden in einem künftigen Parteiprogramm dennoch höchstwahrscheinlich diese kommunistischen Bezüge weitgehend wegfallen, allein schon um einer weiteren Beobachtung durch die Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern zu entgehen. Bereits vor den Wahlen im Jahre 2009 hat Bartsch die Order ausgegeben, sich aller Äußerungen zu enthalten, die Anlass zu Zweifeln an einer Verfassungstreue der Linkspartei bieten könnten. Dennoch zwingt die höchst unterschiedliche Herkunft ihrer Mitglieder – von ehemaligen SED-Mitgliedern aus den ostdeutschen Landesverbänden

über trotzkistische und marxistisch-leninistische Gruppierungen vorwiegend aus der alten Bundesrepublik bis hin zu früheren Sozialdemokraten, Grünen und Gewerkschaftern – die Partei, sich über ihre verschiedenen Traditionslinien und somit über ihr historisches Selbstverständnis zu verständigen, um einen „identitätsstiftenden Kern“ der Partei zu finden, wie es Bisky formulierte. Geflüssentlich hatte es seine Partei bislang unterlassen, ein linkes Menschen- und Gesellschaftsbild zu formulieren, in dem sich alle Strömungen wiederfinden könnten.

Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht mehr verwunderlich, dass die Partei schon seit Jahren die Programmdebatte vor sich herschiebt, wird sie doch unweigerlich die Widersprüche innerhalb der Partei zwischen marxistischer Ideologie und pluralistischem Anspruch, zwischen innerer Überzeugung und Taktik ans Licht bringen. Bis zuletzt hat deshalb Lafontaine immer wieder hervorgehoben, eigentlich bräuchte DIE LINKE. kein neues Programm, da alles Wichtige bereits in den „Programmatischen Eckpunkten“ und den Programmen seiner Partei zur Europa- und zur Bundestagswahl formuliert sei.

Ausblick: Rot-Rot-Grün

Ende 2009 sah es so aus, als könnte die Partei DIE LINKE. auf ihrem Weg in die Parlamente und in rot-rote beziehungsweise rot-rot-grüne Koalitionen nichts mehr aufhalten. Ohne klar definierte Programmatik, aber mit eingespielten und charismatischen Führungskräften schien es nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis die Linkspartei die ersten Ministerpräsidenten in den Ländern stellen und auch auf Bundesebene mitregieren würde. Doch mit dem Scheitern von Bodo Ramelow in Thüringen und Oskar Lafontaine im Saarland bei ihren Anläufen auf die jeweiligen Staatskanzleien 2009, spätes-

tens aber mit dem Rückzug Lafontaines lassen sich die innerparteilichen Widersprüche dieser Partei nicht mehr unterdrücken oder aussitzen. Es wird deutlich, dass es mit der einsetzenden Personal- und Programmdebatte um die Zukunft der Partei und ihres Standorts in der bundesrepublikanischen Gesellschaft geht. Nicht nur um weiter ernst genommen zu werden, auch um des innerparteilichen Klärungsprozesses willen wird DIE LINKE. nicht umhinkommen, ihren Ankündigungen Taten folgen zu lassen und bis Ende 2011 – und somit rechtzeitig vor den kommenden Wahlen im Bund in den Ländern – ein neues Parteiprogramm vorzulegen.

Will die Linkspartei weiterhin eine sozialistische Strömungspartei sein, so muss sie den programmatischen Spagat zwischen den verschiedenen Flügeln weiterhin integrativ lösen. Will die Partei aber ihrem Anspruch, eine demokratische und somit auch koalitionsfähige Partei zu sein, gerecht werden, so muss sie auch programmatisch in der Bundesrepublik ankommen. Die Urwahl der neuen Parteispitze durch die Parteimitglieder als integrative Methode ist gewiss kein Instrument innerparteilicher Willensbildung aus dem Arsenal der SED. Sie zeigt aber den Willen vieler Funktionäre zur Selbstbehauptung ihrer Partei nach der Ära Lafontaine. Von ihrem avantgardistischen Selbstverständnis her und ihrem Gespür für Macht wird sie deshalb auch ein „demokratisches“ Parteiprogramm vorlegen. Die Frage „Regierungspartei oder Milieupartei?“ scheint zugunsten der Macht und zulasten der ehemaligen DDR-Nostalgiker und der versprengten Reste der sektierischen westdeutschen Sozialisten und Kommunisten entschieden. Dafür sprechen verschiedene Gründe. So haben nach der Neuwahl der Parteispitze auf dem Rostocker Parteitag fünf von zehn Spitzengenossen einen Vorlauf in der SPD, nur noch zwei

waren bereits in der SED aktiv. Zudem greifen die fünf ostdeutschen Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei in ihrer Bad Saarower Erklärung vom 20. April 2010 nicht nur die zentralen Forderungen ihrer Partei auf, sondern sie sprechen sich im gleichen Atemzug für weitere Regierungsbeteiligungen ihrer Partei in den Ländern und auf Bundesebene ab dem Jahr 2013 aus. Zugleich soll ihre Partei „divergierende Positionen“ nicht mehr bloß ertragen, sondern künftig den Weg zu einem „produktiven Pluralismus“ beschreiten, um endlich eine „Mitglieder- und Programmpartei“ zu werden.

Auch die Ergebnisse der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen vom 9. Mai 2010 laufen diesem Trend nicht zuwider. Dort errang zwar ein am äußersten linken Rand angesiedelter Landesverband der Partei DIE LINKE. 5,6 Prozent der Stimmen und konnte mit elf Abgeordneten in den Düsseldorfer Landtag einziehen. Dennoch zwangen dieses Ergebnis und die machtpolitische Konstellation nach der Wahl in NRW die Linkspartei, Farbe zu bekennen. Die NRW-Linken kamen nicht umhin, sich zwischen der möglichen Übernahme von Regierungsverantwortung in einer rot-rot-grünen Koalition und einer Fundamentalopposition zu entscheiden. Um zu vermeiden, dass sie es sind, an denen eine Koalition scheitern könnte, sprachen sie sich für die Aufnahme von Sondierungsgesprächen mit der SPD und den Grünen aus. Zwar scheiterten diese Gespräche, schon bevor es überhaupt zu Koalitionsverhandlungen kam. Dadurch aber, dass DIE LINKE. formell zu Gesprächen bereit war, konnte sie die Schuld für das Scheitern der Gespräche öffentlich dem politischen Gegner zuweisen. In *Das Parlament* (Nr. 21/22 vom 25. Mai 2010) hat Gysi das Scheitern erklärt: „Frau Kraft wusste, dass sie in ihrer Fraktion keine ausreichende Mehrheit [für Rot-Rot-Grün] gewinnt. Ihr fehlt die Kraft für eine alter-

native Regierung und Politik. Wir waren sogar zurückhaltend. Es ist dasselbe Problem wie in Thüringen und in Hessen – der SPD fehlt der Mut, ihr steht, zumindest noch, die CDU näher als die Linke.“

Bereits vor den Sondierungsgesprächen standen aber die Machtpragmatiker innerhalb der Partei als Sieger fest. Wäre es zu einer Regierungsbeteiligung in NRW gekommen, hätten die extremistischen Vorstellungen einzelner Abgeordneter realpolitisch keine Rolle mehr gespielt, es hätte dann der Koalitionsvertrag gegolten. Hätten sie in Fundamentalopposition verharrt oder wäre eine Koalition aufgrund linker Opposition in der Regierung gescheitert, hätte die Bundespartei die NRW-Linken leicht als Sektierer stigmatisieren und letztlich als die „zehn Prozent Irren“ innerhalb der Partei, wie es Gysi einmal formulierte, marginalisieren können. Der Sieger wäre in jedem Fall der machtorientierte Teil der Partei gewesen.

Die Funktionsträger der Partei, insbesondere aber das neue Führungspersonal, müssen diesen Schritt hin zum Pragmatismus der eigenen Klientel programmatisch vermitteln und sich mit dieser Position innerparteilich auch durchsetzen. Für einen solchen Kraftakt sind Führungskompetenz und innerparteiliche Akzeptanz erforderlich. In der Programmdebatte nach innen und nach außen wird sich die neue Führungsspitze behaupten müssen. So könnte eine nicht auszuschließende mangelnde Akzeptanz der neuen Führungsriege die Programmdebatte ausufern und in die unterschiedlichsten Richtungen laufen lassen. Aus diesem Grunde hat die Partei auf ihrem Rostocker Parteitag die Programmdebatte zunächst erneut verschoben. Schließlich erklären ihre führenden Funktionäre im Bund und in den Ländern schon seit Längerem, dass an ihnen keine Regierungsbeteiligung scheitern wird.